

Presseinformation 04.04.2014

OMNIBUS für die Volksabstimmung in Deutschland wieder unterwegs

Während sich die Volksabstimmung in den Bundesländern und auf kommunaler Ebene immer weiter entwickelt und spannende Themen wie z.B. die Abschaffung der Studiengebühren, Olympia 2022 in Bayern, Transparenz, Energie in Hamburg und Berlin... durch die BürgerInnen entschieden werden, blockieren die Regierungsparteien weiter die Volksabstimmung auf Bundesebene.

„Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus. Sie wird vom Volke in Wahlen und Abstimmungen (...) ausgeübt.“ So steht es seit 1949 in unserem Grundgesetz, Artikel 20/2. Das ist ein bisher nicht eingelöstes Versprechen. Die Wahlen sind durch ein Wahlgesetz geregelt, die Abstimmungen sind bis heute ungeregt geblieben.

„Wir werden uns nicht länger von der Politik in der Verwirklichung eines bundesweiten Abstimmungsgesetzes hinhalten lassen. Unsere Würde ist angetastet, wenn unsere gewählten Vertreter sich anmaßen zu entscheiden, wann wir endlich die Mündigkeit erlangt haben, in einzelnen Sachfragen direkt zu entscheiden“, so Michael von der Lohe, Geschäftsführer des OMNIBUS.

Der OMNIBUS hat einen Gesetzentwurf an Bord, der die Volksabstimmung auf Bundesebene regeln könnte und macht sozusagen eine „Volksabstimmung über die Volksabstimmung“, bei der JEDE/R seine Stimme konstruktiv für die Volksabstimmung einsetzen kann. In Zukunft soll alles, was das Parlament entscheiden kann, auch über Volksabstimmung abgestimmt werden können. Zum Beispiel Internationale Verträge (TTIP), Großprojekte, Energie, Finanzen, Grundeinkommen, Bankenrettungen.

„Die Politik ist in der Pflicht, das im Grundgesetz verankerte Abstimmungsrecht endlich vernünftig gesetzlich zu regeln. Wählen allein genügt nicht: In einer Demokratie ist das Volk der Souverän. Ohne Volksabstimmungen verkommen die Wahlen zu einem Blankoscheck an eine kleine Gruppe von Berufspolitikern, die dann im „Namen des Volkes“ die Zukunft der Gesellschaft allein gestalten. Die Interessen der Allgemeinheit, muss die Allgemeinheit auch selbst schützen und bestimmen können. Aus Angst vor Fehlentscheidungen Demokratie zu verwehren, zeugt von einem „elitären Herrscherdenken“. Immer deutlicher wird: Eliten und Experten vertreten in der Regel nur ihre eigenen Interessen“, so Brigitte Krenkers, Initiatorin des OMNIBUS.

Der OMNIBUS ist eine Aktion aus der Kunst und wurde 1987 auf der documenta 8 in Kassel eröffnet. Seitdem ist er unterwegs. Der Hauptimpuls für diese Aktion kommt vom Künstler Joseph Beuys.

Gemeinsam mit dem bundesweiten Verein Mehr Demokratie e.V. initiiert der OMNIBUS immer wieder Volksbegehren auf Landesebene zur Verbesserung und Einführung der Direkten Demokratie. Das hat mit dazu geführt, dass es inzwischen in allen Bundesländern gesetzliche Regelungen für landesweite Volksabstimmungen und Abstimmungen auf der kommunalen Ebene gibt.

Im Herbst 2013 haben wir mit Aktionen, Veranstaltungen und dem OMNIBUS eine große Öffentlichkeit erreicht und zum Abschluss unserer Aktion „Der aufrechte Gang“ gemeinsam mit vielen Menschen und Organisationen über 250.000 Unterschriften für die Einführung der bundesweiten Volksabstimmung dem Bundestag überreicht. Fast wäre ein erster Schritt in Richtung einer 2/3-Mehrheit gelungen. Gescheitert ist es letztendlich am Widerstand der CDU, allen voran Angela Merkel und Wolfgang Schäuble. 87% der Bevölkerung sprachen sich in einer emnid-Umfrage vom November 2013 für die Volksabstimmung aus, auch 83% der CDU/CDU-WählerInnen.

Mehr Information:

Pressefotos: <http://www.omnibus.org/presse.html>

FAQ: <http://www.omnibus.org/faq.html>

OMNIBUS-Tour: http://www.omnibus.org/omnibus_unterwegs.html

Brigitte Krenkers, OMNIBUS für Direkte Demokratie

Tel. +49 2302 9567076

mobil +49 151 29162092